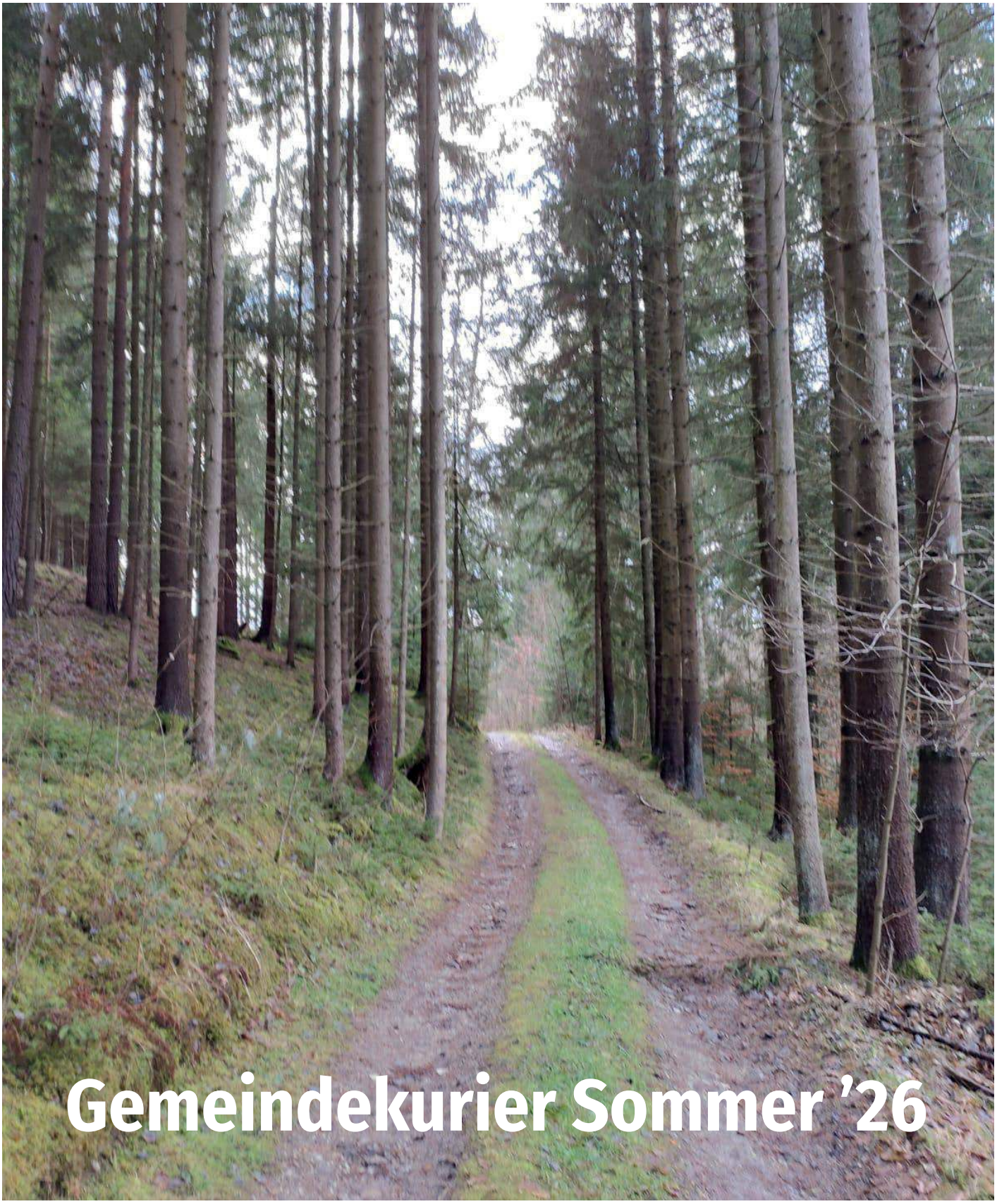
FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Rastenfeld

Ausgabe · September 2026 | 561602/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Gemeindekurier Sommer ’26

Vorwort des Obmannes:



Geschätzte Gemeindebürger!

Der Rechnungsabschluss sollte Klarheit über die finanzielle Lage unserer Gemeinde schaffen. Stattdessen blieben viele Zahlen für uns kaum nachvollziehbar.

Der beschlossene Konsolidierungsplan wurde gleich in der ersten Gemeinderatssitzung wieder aufgeweicht, zum Missfallen unserer Fraktion.

Die Gemeindezeitung verursacht ein kräftiges Minus...

Hiermit drängt sich die Frage auf, ob hier ein Sparwille erkennbar ist. Es wurden auch eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Gemeindevisionen in den KG's durchgeführt.

Auffällig war, dass überwiegend ÖVP-nahe Personen daran teilnahmen und somit das Ziel der Einbindung der breiten Bevölkerung kaum erreicht wurde, sodass der Aufwand hierbei nicht gerechtfertigt war.

Euer GGR Leopold Hahn



Aktivitäten der FPÖ Rastenfeld

Wie schon im Vorjahr haben wir auch heuer wieder **Ostereier** verteilt, welche von den Gemeindebürgern sehr gut angenommen wurden.

Außerdem verteilten die Gemeinderäte der FPÖ **Muttertagstaler** an sämtliche Mütter.

Unser GR-Team:

v.l.n.r.: GR Othmar Höllerer, GR Erwin Kellner (vorne), GR Benjamin Pfeiffer und GGR Leopold Hahn



Aus der Gemeinde

Fehlende Abrechnungen verfälschen das Budget

In den Jahren 2024 und 2025 hat die Gemeinde einige Projekte umgesetzt, diese jedoch nicht wie vorgesehen abgerechnet und somit das Budget verfälscht. Da durch Vorhaben, welche umgesetzt und durch das Land gefördert werden, auch Schulden entstehen, werden diese immer weitergeschleppt, wenn nicht abgerechnet wird.

Wir haben in den Gemeinderatssitzungen zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht:

1. Antrag "gegen die Auszahlung der 90 Milliarden € an die Ukraine," wovon Österreich 5,5 Milliarden € übernehmen soll, auf unsere Gemeinde nach Einwohnerzahl ca. 1,2 Millionen € fallen, da alle Gemeinden in Österreich dafür haften müssen. Die ÖVP hat diesem Antrag nicht zugestimmt, sondern unterstützt diese Geldverschwendung an einen durch und durch korrupten Staat.

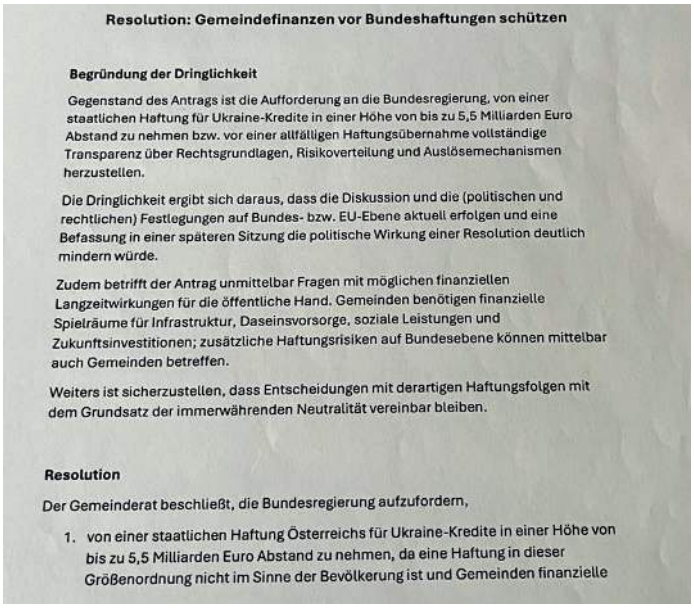
2. Antrag: „gegen das Mercosur Abkommen", welches unsere heimische Landwirtschaft massiv unter Druck setzt bzw. das Überleben der heimischen Betriebe aufgrund des Preisverfalls beinahe unmöglich macht. Auch hier erhielten wir lediglich eine Stimme der ÖVP-Fraktion. Alle anderen Gemeinderäte befürworten dieses Abkommen und sehen keine Notwendigkeit, dem Bauernsterben entgegenzuwirken. Niemand will Fleisch und etliche andere Produkte aus Ländern, welche bei Weitem nicht unseren Standards in der Produktion entsprechen, daher aber viel günstiger und qualitativ minderwertig produziert werden können.

Förderungen sind keine Geschenke

Weiters sehen wir uns verpflichtet, die Gemeindebürger in Kenntnis zu setzen, dass Förderungen, welche die Gemeinde für diverse Vorhaben erhält, leider keine Geschenke sind, sondern diese Mittel aus Steuergeldern bezogen und somit wieder vom Steuerzahler in Summe zurückbezahlt werden müssen. Dies betrifft sowohl Arbeitnehmer, Arbeitgeber und alle Unternehmer und Wirtschaftstreibenden, die diese Gelder erwirtschaften und für derartige Geldverschwendung ausgenutzt werden.

Erst bestellt, dann beschlossen

Die Gemeinde hat einen Grader als Anbaugerät an einen Traktor bestellt. Bei der folgenden GR-Sitzung ließ der Bürgermeister darüber abstimmen und danach informierte er uns, dass er diesen ohnehin schon bestellt hat.



Resolution: Gemeindefinanzen vor Bundeshaftungen schützen

Begründung der Dringlichkeit

Gegenstand des Antrags ist die Aufforderung an die Bundesregierung, von einer staatlichen Haftung für Ukraine-Kredite in einer Höhe von bis zu 5,5 Milliarden Euro Abstand zu nehmen bzw. vor einer allfälligen Haftungsübernahme vollständige Transparenz über Rechtsgrundlagen, Risikoverteilung und Auslösemechanismen herzustellen.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Diskussion und die (politischen und rechtlichen) Festlegungen auf Bundes- bzw. EU-Ebene aktuell erfolgen und eine Befassung in einer späteren Sitzung die politische Wirkung einer Resolution deutlich mindern würde.

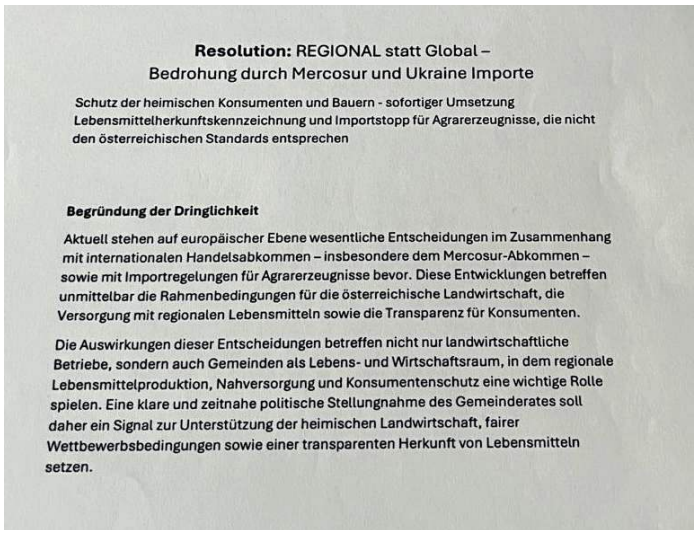
Zudem betrifft der Antrag unmittelbar Fragen mit möglichen finanziellen Langzeitwirkungen für die öffentliche Hand. Gemeinden benötigen finanzielle Spielräume für Infrastruktur, Daseinsvorsorge, soziale Leistungen und Zukunftsinvestitionen; zusätzliche Haftungsrisiken auf Bundesebene können mittelbar auch Gemeinden betreffen.

Weiters ist sicherzustellen, dass Entscheidungen mit derartigen Haftungsfolgen mit dem Grundsatz der immerwährenden Neutralität vereinbar bleiben.

Resolution

Der Gemeinderat beschließt, die Bundesregierung aufzufordern,

1. von einer staatlichen Haftung Österreichs für Ukraine-Kredite in einer Höhe von bis zu 5,5 Milliarden Euro Abstand zu nehmen, da eine Haftung in dieser Größenordnung nicht im Sinne der Bevölkerung ist und Gemeinden finanzielle



Resolution: REGIONAL statt Global –
Bedrohung durch Mercosur und Ukraine Importe

Schutz der heimischen Konsumenten und Bauern - sofortiger Umsetzung Lebensmittelherkunftskennzeichnung und Importstopp für Agrarerzeugnisse, die nicht den österreichischen Standards entsprechen

Begründung der Dringlichkeit

Aktuell stehen auf europäischer Ebene wesentliche Entscheidungen im Zusammenhang mit internationalen Handelsabkommen – insbesondere dem Mercosur-Abkommen – sowie mit Importregelungen für Agrarerzeugnisse bevor. Diese Entwicklungen betreffen unmittelbar die Rahmenbedingungen für die österreichische Landwirtschaft, die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sowie die Transparenz für Konsumenten.

Die Auswirkungen dieser Entscheidungen betreffen nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Gemeinden als Lebens- und Wirtschaftsraum, in dem regionale Lebensmittelproduktion, Nahversorgung und Konsumentenschutz eine wichtige Rolle spielen. Eine klare und zeitnahe politische Stellungnahme des Gemeinderates soll daher ein Signal zur Unterstützung der heimischen Landwirtschaft, fairer Wettbewerbsbedingungen sowie einer transparenten Herkunft von Lebensmitteln setzen.

Unsere Dringlichkeitsanträge


FPÖ
HIER IST PLATZ FÜR DICH!
Airbert
GGR LEOPOLD HAHN
Gemeinsam für Rastenfeld!
JETZT MITGLIED WERDEN!
Ihr Ansprechpartner zur Mitgliedschaft:
GGR LEOPOLD HAHN
0664/46 60 260
leopold.hahn63@gmail.com


FPÖ
Initiative Faire Pensionen Österreich
PENSIONISTEN
Volksbegehren
UNTERSCHREIB' AUCH DU NOCH HEUTE
PENSIONISTENVOLKSBEGEHREN.AT